

Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementpreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst, Frauenwelt und Jugend einschließlich Bringenlaten monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,75, unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 3,00. Erscheint tägl. mit Ausnahme der Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 26261. Sprechstunde nur nachmittags von 12 bis 1 Uhr. Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 26261. Geschäftst. von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6 Spaltenzeitung mit 30 Pf. berechnet, bei dreimonatiger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Berechnungen 25 Pf. Insete müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 79.

Dresden, Donnerstag den 8. April 1915.

26. Jahrg.

Politik und Strategie. — Erfolglose französische Vorstöße. — Die Kämpfe zwischen Maas und Mosel. — Zur Ernährungsfrage. — Die Siegesbeute im Latorczatal.

Theoretisch ist das Verhältnis zwischen Politik und Strategie, als das zweier selbständiger Gebiete des staatlichen Lebens, völlig getrennt; in der einen herrscht der Staatsmann, in der anderen der Feldherr. Beide werden glauben, und von ihrem einseitigen Standpunkt aus mit Recht, daß sie das Höchste an Wirkung nur dann erreichen können, wenn sie mit ihrem Gebiete möglichst unumschränkt und unbeeinträchtigt von dem andern ihre Tätigkeit ausüben können. In der Praxis aber stoßen beide Gebiete an ihren Grenzen zusammen; diese Grenzen sind schwankend und greifen stets ineinander über; es wird nicht ganz leicht sein, einen Geltungsbereich auseinanderzuhalten. Darum ist für einen im Kriege befindlichen Staat am vornehmsten, wenn politische und militärische Leitung in einer einzigen, zielbewußten Hand liegen. Auch dann bleiben die Beziehungen zwischen Politik und Strategie nicht immer außer Betracht, in der Brust des Einen, der Feldherr und Staatsmann zu gleicher Zeit ist, ausgetragen, sie treten nach außen hin nicht schädigend zutage. Das ist unläugbar ein Vorteil der monarchischen Leitung in Kriegeszeiten, die freilich in dem Augenblick in einen großen Nachteil umschlägt, wo der Monarch politische und militärische Einsicht wie Willenskraft nicht in der erforderlichen Maße besitzt und nun der Mittelkraft widerstreitender Auffassungen und Kämpfe seiner Umgebung oder gar politischer Parteieninteressen wird.

Unbedingt allein entscheiden wird die Politik über die Ausdehnung des Krieges, über den Zeitpunkt, zu dem Friedensverhandlungen einzuleiten, und über die Bedingungen, die dem Gegner aufzuerlegen sind oder zu denen man sich selbst bereiten muß. So wird diese ihre Ziele selbstverständlich je nach den Waffenerfolgen ändern, erhöhen oder verringern müssen; in jedem Falle aber ist die allgemeine Staatsleitung und nicht der Feldherr dafür verantwortlich und dafür allein bestimmend, ob das Blutvergießen fortzusetzen oder zu beenden ist und ob die überhaupt erreichbaren Ziele die furchtbaren Opfer noch zu rechtfertigen vermögen, die eine Verlängerung des Krieges notwendigerweise mit sich führen muß. Hierbei wird wiederum der Staatsmann und nicht der Feldherr den richtigen Gang des Krieges, die erreichten Erfolge wie die zu erzielende Niederlage in keine Rechnung mitzunehmen müssen.

Nirgends treten Gesetzmäßigkeiten der klaren Erkenntnis der Dinge so hindernd gegenüber wie gerade im Kriege. So suchen wir uns nicht allzuweit zu wagen, wenn sich immer wieder der Wunsch an die Oberhäupter wagt, daß die Durchführung der militärischen Operationen durch politische Richtungsgebung im höchsten Maße beeinflusst werden könne. Gewiß! Es fragt sich nur, ob sie ohne schweren Schaden beeinflusst werden darf. Man sagt, daß sich zur Durchführung einer militärischen Operation immer mehrere, häufig viele Wege und damit Mittel finden lassen. Die alte Kinderweisheit, daß viele Wege nach Rom führen! Aber damit ist nicht gesagt, daß alle Wege gleich militärischen Aussichten bieten. Auch ein schlechterer Weg kann wohl mit größerer Kraftanstrengung noch zum Ziele führen, vorausgesetzt, daß der Gegner noch schlechtere Gegenstände findet. Aber gibt es etwas Privateres, als eine kriegerische Unternehmung auf die Fehler des Feindes zu gründen? Welche Feigen der Weisheit gibt es wohl dafür, daß sie nach dann gelegentlich gut abgelaufen; weit zahlreicher dafür, daß sie zum Unheil ausgedehnt ist. Aber gerade die Politik ist im Kriege in erster Linie den Fehlern militärischen Erfolgs, und gerade darum darf sie die Pläne des Feldherrn nicht durch Rücksichten behindern, die außerhalb des militärischen Gebietes liegen. Ueber die Wahl des jeweiligen Operationsgebietes, über den Aufwand an Kräften, der jeweilig dafür sammelt und in Bewegung zu setzen sei, können wohl verschiedene, aber niemals gleichberechtigte und gleichwertige Meinungen herrschen. Verschieden nur darum, weil der Wille des Feldherrn, ihr Einfluß in die Lage, ihr Reichthum an geistigen Hilfsmitteln, ihre Nüchternheit verschieden sind. Aber die Wege des besseren Feldherrn werden unter sonst gleichen Voraussetzungen zum Ziele führen, die des minderen in die Irre.

Diese Ermägungen werden besonders dann am Platze sein, wenn es sich um verschiedene Gegner und um verschiedene Kriegsstände handelt. Es wird selten der Fall sein, daß die politische und die militärische Bedeutung der einzelnen Gegner übereinstimmen. Der politisch Gefährlichere kann sehr wohl militärisch Gleichgültiger sein und umgekehrt. Der politiker mag mit Recht überbewusst sein, daß er einen guten Frieden erst dann haben wird, wenn ein bestimmter Gegner niedergelagert ist oder in ihm wenigstens ein überwiegendes Bedenkenbedürfnis gewirkt wurde. Dem aber kann die militärische Lage des Feldherrn gegenüberstehen, daß die militärische Lage die Sammlung der verfügbaren Kräfte zunächst gegen einen anderen Gegner verlangt und daß das ganze Gefährdet werden man ihm nicht zuerst entscheidende Schlage verweigert hat. Es würde ein Unheil für den Ausgang des Krieges

(W. I. B.) Amtlich. Großes Hauptquartier, 8. April. (Eingegangen 2.50 Uhr.)

Westlicher Kriegsschauplatz:

Die Kämpfe zwischen Maas und Mosel dauern fort. In der Woivreux-ebene, östlich und südöstlich von Verdun, scheiterten sämtliche französische Angriffe. Von der Combres-Höhe wurden die an einzelnen Stellen bis in unsere vordersten Gräben vorgebrungen feindlichen Kräfte im Gegenangriff vertrieben. Aus dem Seloise-Walde, nördlich von St. Mihiel, gegen unsere Stellungen vorgebrochene Bataillone wurden unter schwersten Verlusten in diesen Wald zurückgeworfen.

Im Walde von Wily sind erbitterte Nahkämpfe wieder im Gange. Am Walde westlich von Apremont stießen unsere Truppen dem Feinde, der erfolglos angegriffen hatte, nach. Vier Angriffe auf die Stellungen nördlich Flirey sowie zwei Abendangriffe westlich des Brieferwaldes brachen unter sehr starken Verlusten in unserer Feuer zusammen. Drei nächtliche französische Vorstöße im Brieferwalde mißglückten. Der Gesamtverlust der Franzosen auf der ganzen Front war wieder außerordentlich groß, ohne daß sie auch nur den geringsten Erfolg zu verzeichnen hatten.

In der Gegend von Reffel wurde ein feindliches Flugzeug, das aus Paris kam, zum Landen gezwungen. Der Flugzeugführer gab an, daß über die französischen Verluste in der Champagne in Paris noch nichts in der Öffentlichkeit gebrungen wäre.

Westlicher Kriegsschauplatz:

Auf der Ostfront hat sich nichts ereignet. Das Wetter ist schlecht. Die Wege im russischen Grenzgebiet sind zurzeit grundlos. Oberste Seeresleitung.

Es kann sehr wohl geschehen, daß politische Sympathien, verlorene Herzeneigungen einflußreicher Kreise eines Landes die Verbeistellung eines raschen Friedens mit dem einen der Gegner antreiben, während sie zugleich die größte Summe des ihnen erwünschten politischen Erfolges auf einem andern Kriegsschauplatz suchen. Bieleicht vermutet man bei dem ersten eine Friedenssehnsucht, die der eigenen entspricht, und möchte darum, daß der Feldherr dort aus dem strategischen Angriff in die bloße Abwehr übergehe. Man könnte dann natürlich erhebliche Kräfte des eigenen Heeres an jener Stelle verwenden, wo die Politik die Früchte des Sieges hauptsächlich ernten möchte. Doch hat es noch nie den Friedenssehnsucht eines Staates gefehlet, wenn er fähige Diebe auf dem Schlachtfeld bekam und Kravatten in der Hand des Gegners lassen mußte. Im Gegenteil, ein Nachlassen des militärischen Trudels wird leicht ein Zusammenbrechen des militärischen Bewusstseins bewirken. Wenn daher dieser Gegner aus welchen Gründen immer der militärisch gefährlichere ist und der Feldherr nicht glaubt, die Entscheidung in der politisch erwünschten

Richtung herbeiführen zu können, ehe er jene Angriffskraft vernichtet hat, dann hat er und nicht der Politiker die Entscheidung zu geben, weil für den militärischen Erfolg er und nicht dieser verantwortlich ist. Und weil der strategische Misserfolg alsbald auf die Politik hommend und verheerend zurückwirken muß.

Am allergeringsten freilich ist es, wenn die Einwirkung der Politik ein Schwanken in den militärischen Entwürfen bedingt, die Einheit und Folgerichtigkeit des Handelns löst, und die Entscheidung durch den Feldherrn in tastenden Versuchen bald hier bald dort angeht werden muß, ehe dort oder hier der eine der Gegner wirklich unüberwindlich gemacht wurde. Solche Irrtümer pflegen in ihren Folgen oft zu einem Waterloo zu führen. Das größte kriegerische Verbrechen kann so zur Unfruchtbarkeit verdammt werden. Richard Gädke.

Schweine und Kartoffeln.

Im Berliner Tageblatt wendet sich der Leiter des statistischen Amtes von Schöneberg Dr. R. Kuczynski gegen die Kreise, die sich um die Erhaltung des Schweinebestandes lebhafter besorgt zeigen, als um die Kartoffelversorgung der Bevölkerung in den nächsten Wochen. Er hält es dem Bundesrat als schweren Fehler vor, daß er am 11. Dezember die Schließung von Jungvieh verbot, wodurch noch während des Krieges eine Steigerung des Kinder- wie Schweinebestandes erfolgte. Die vom Landwirtschaftsminister am 15. Februar angeordnete Berechnung, die einen Schweinebestand von 13 Millionen ergab, hält Kuczynski für falsch, er rechnet noch für den 15. März mit einem Bestande von 18 Millionen. Aber, wenn er selbst nur 14—15 Millionen betrage, seien weitere schleunige Abschichtungen unerlässlich, da die zur Fütterung benötigten Kartoffeln für die menschliche Ernährung unentbehrlich seien. Gegen die Forderung des preussischen Abg. Joesch, eine Prämie für das Durchhalten von jungen Schweinen auszusprechen, wendet sich Kuczynski mit folgenden scharfen Worten:

Diese Forderung ist vom privatwirtschaftlichen Standpunkt des Schweinezüchters durchaus verständlich, aber aus dem Munde des Reichstagsabg. der Budgetkommission des preussischen Abgeordnetenhauses, der in diesem Nebenberuf doch auch nebenbei an die Menschen denken sollte, wirkt sie überaus abstoßend.

Vertritt Kuczynski die Interessen der städtischen Massen, so betrachtet der Vorsitzende des Bauernbundes, Abgeordneter Dr. Böhm, im Deutschen Kurier die Frage mehr aus dem Gesichtswinkel kleinbäuerlicher Interessen. Er stellt die berechtigteste Forderung, daß man sich bei der Beschlagnahme und Enteignung von Kartoffeln und Schweinen zunächst an die leistungsfähigen Großbetriebe halten solle, die sich gegenüber den Kleinbetrieben „in einigermaßen günstiger finanzieller Lage“ befinden. Diese günstige Lage weist dann Dr. Böhm an den Höchstpreisen für Brotgetreide nach, die um 40 bis 50 M. höher sind als die Durchschnittspreise, und 26 bis 27 M. höher als die höchsten Preise der letzten acht Jahre!

Inwiefern die von Böhm gewünschten Rücksichten auf die landwirtschaftlichen Kleinbetriebe noch angänglich sind, kann sich freilich nur aus der Schweine- und Kartoffelanleihe vom 15. März ergeben, deren Resultate nicht veröffentlicht sind. In Preußen ist man jetzt dazu übergegangen, mit Hilfe befreundeter vom Landrat bestellter Kommissionen öffentliche Kartoffelanläufe vorzunehmen, bei denen der Höchstpreis und außerdem eine von April bis Juni von 1 bis 4 M. steigende Aufbewahrungsgeldgebühr pro Zentner bezahlt wird. Wenn weniger mehr Kartoffeln zurückgehalten, als sie zu ihrem Hauptgebrauch, einschließlich der Fütterung des Jug- und Spannviehes, benötigen, wird Enteignung zu einem geringeren Preise angedroht.

Was noch vor wenigen Wochen von der Regierung für „unmöglich“ erklärt wurde, ist jetzt unter dem Druck der Verhältnisse demnach möglich geworden. Ob nicht durch die Veräußerung ein nicht wieder gutzumachender Schaden angerichtet worden ist, wird die aller nächste Zeit lehren.

Wir stehen möglicherweise vor schweren Zeiten. Aber auch dann gibt es noch Hilfe, wenn energisch durchgegriffen wird. Sind die relativ billigen Lebensmittel aufgezehrt, dann wird man eben die teureren zu Preisen abgeben müssen, die für die Masse der Bevölkerung erschwinglich sind. Haben uns die Schweine die Kartoffeln weggefressen, so haben wir ein Recht, die Schweine selbst zu essen, was nur möglich ist, wenn die Fleischpreise sehr stark herabgesetzt werden. Dadurch können natürlich auch privatwirtschaftliche Interessen gefährdet werden in einem Maße, daß Schadloshaltung aus öffentlichen Mitteln nötig wird. Die Schädigung privater Interessen und der Aufwand von einigen Hundert Millionen Mark können aber wenig in Betracht kommen, wenn es keinen Weg mehr geben sollte, um den Massen der Bevölkerung in der kritischen Zeit vor der neuen Ernte das Durchhalten zu ermöglichen.